

MiB

DIE LINKE.
Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 1 vom 15. Januar 2013



Die LINKE Leipzig macht mit ihrer OBM Kandidatin im Weihnachtskaufrausch mobil für den Mindestlohn im Einzelhandel (Siehe letzte Seite)

Jetzt erst recht! Substanz statt Show. Barbara statt Burkhard!

Der Wahlkampf geht in die entscheidende Runde. Trotz aller Umfragen, deren tendenziösen Charakter wir aus den vergangenen Wahlkämpfen zur Genüge kennen, hat sich an meinem Anspruch nichts geändert: Ich will die erste Oberbürgermeisterin in der über tausendjährigen Geschichte Leipzigs werden. Das geht nur gemeinsam. Ich danke Euch für Eure bisherige Unterstützung. Viele von Euch waren bei scharfem Wind und mitunter eisigen Temperaturen schon mit mir auf der Straße und haben die Bürgerinnen und Bürger von meinem Programm überzeugt. Und sicher haben schon manche von Euch wie ich bereits bei der Briefwahl ihre Stimme abgegeben. Das gibt Kraft und motiviert! Ich bitte Euch aber: Lasst gerade jetzt in der heißen Wahlkampfphase nicht nach: Noch ist nichts entschieden, das Rennen ist offen! Ich brauche auch weiterhin jede und jeden von Euch. Im 48-Stunden-Wahlkampf ab 24. Januar werden wir darüber hinaus Unterstützung aus ganz Sachsen und sogar aus ganz Deutschland erhalten. Da sollten wir Leipziger Genossinnen und Genossen nicht zurückstehen. Ich zähle auf Euch!

Viele beklagen, dass der Wahlkampf angeblich nicht an Fahrt gewinnt und es kein Thema schafft, die Agenda zu dominieren. Dabei gibt es neben Kita und Schulen durchaus Themen, die wir als LINKE originär besetzen können. Keiner der Kandidaten äußert sich offensiv zu den öffentlichen Unternehmen. Ich bekenne mich unmissverständlich:

Die städtischen Unternehmen bilden das Rückgrat der kommunalen Infrastruktur und sind vor allem Dienstleister für die Bevölkerung und kein Ersatz für zu wenig Wirtschaftskraft. Deshalb wird es mit mir als Oberbürgermeisterin keine weitere Privatisierung von den für die öffentliche Daseinsvorsorge unverzichtbaren kommunalen Betrieben geben. Ich fühle mich zwingend an das eindeutige Votum des Bürgerentscheids vom 27. Januar 2008 gebunden.

Ich will aber nicht nur die Strukturen erhalten, sondern auch dafür sorgen, dass die Beschäftigten angemessen entlohnt werden. Alle Beschäftigten in kommunalen Unternehmen, einschließlich jenen in Ausgründungen, haben Anspruch auf tarifgerechte Entlohnung. Ausgliederungen in Tochtergesellschaften zum Zweck der Entlohnung der Beschäftigten unter Tarif wird es mit mir nicht geben. Dort, wo das schon geschehen ist, sind die Beschäftigten nach Tarif zu entlohnen. Eine Tarifbindung potenzieller Auftragnehmer als Bedingung für die Zuschlagserteilung bei öffentlichen Aufträgen ist aus meiner Sicht unumgänglich.

Um gerechte Löhne und fairen Wettbewerb zu gewährleisten, braucht Leipzig ein kommunales Vergaberecht, das Tariftreue und Mindestlohnregelungen garantiert sowie umweltschonende Beschaffung unterstützt, das die Gleichstellung der Geschlechter und von Menschen mit Beeinträchtigungen begünstigt sowie den Rechtsschutz für die Beschäftigten verbessert.

Die Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen, die sich am Tarif oder Mindestlohn von 10 Euro orientieren, ist mit mir als Oberbürgermeisterin Voraussetzung, um öffentliche Fördermittel an Unternehmen der Wirtschaft auszureichen.

Für alle diese Vorhaben braucht Leipzig eine solide finanzielle Ausstattung. Fakt ist, dass Leipzig seinen aktuellen Schuldenstand von 733 Millionen Euro weiter senken muss. Aber Schuldenabbau darf nicht um jeden Preis erfolgen, er ist kein Wert an sich. Denn was würde es unseren Kindern und Enkeln nutzen, wenn Leipzig in 25 Jahren schuldenfrei ist, dafür jedoch unser städtisches Eigentum nicht gepflegt und entwickelt würde? Wenn bis dahin kaum noch Vereine finanziert würden, nur noch wenige Bibliotheksstandorte arbeiten würden, Sportstätten nur noch für finanziell gut situierte Menschen nutzbar wären? Als erfahrene Finanzpolitikerin stelle ich mich der Herausforderung, mit dem städtischen Haushalt größere Spielräume für öffentliche Zukunftsinvestitionen zu erwirtschaften und das Sparen nicht zum Selbstzweck verkommen zu lassen. Begründete Sparanstrengungen mit inhaltlichen Zielvorgaben haben in einem solchen Ansatz linker Haushaltspolitik ebenso Platz wie ambitionierte Vorgaben für öffentliche Investitionen zur weiteren Steigerung der Attraktivität unserer Stadt.

Also, liebe Genossinnen und Genossen: Substanz statt Show. Barbara statt Burkhard! Gemeinsam schaffen wir das.

Eure Barbara Höll

Voller Trauer müssen wir Abschied nehmen von Klaus Köste

Mit Bestürzung und tiefer Betroffenheit haben viele von uns den Tod von Klaus Köste aufgenommen. Seitdem sich einige Male meine Wege mit den seinen flüchtig kreuzten, zählte er für mich zu den liebenswürdigsten Menschen, denen ich je begegnet bin. Der Schmerz und die Tränen über den Verlust dieses großartigen Menschen müssen sich erst wieder legen. Klaus Köste war ein toller Sportler und Mensch, der mit seiner bescheidenen Art, seinem tiefen Gerechtigkeitsinn und seinem Engagement viele Menschen in Leipzig und darüber hinaus begeisterte. Wer ihn kennenlernte, konnte diesen netten Menschen, der für seine Umgebung immer ein offenes Ohr und ein freundliches Wort hatte, nur in sein Herz schließen.

Klaus Köste begann 1949 im Alter von sechs Jahren in seiner Geburtsstadt Frankfurt (Oder) mit dem Turnsport und wechselte später nach Leipzig, wo er für den SC DHfK Leipzig startete. Bei DDR-Meisterschaften errang er insgesamt 34 nationale Titel. Höhepunkt seiner sportlichen Karriere waren elf Medaillen bei Olympischen Spielen und Welt- und Europameisterschaften, darunter der Olympiasieg bei den Sommerspielen in München im Pferdsprung. Auch nach seinem Karriereende 1974 blieb Klaus Köste seiner Heimatstadt Leipzig treu. Er absolvierte ein Studium an der DHfK und arbeitete von 1974 bis 1976 als Cheftrainer für Frauenturnen beim SC Leipzig. 1976 bis 1985 war er Cheftrainer Turnen beim SC Leipzig und später Hochschullehrer an der DHfK. 1977 organisierte er das Deutsche Turn- und Sportfest in Leipzig mit.

Nach der Wende war Klaus für die PDS Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Leipzig. Er war Mitglied im Sportausschuss, und eines seiner wichtigsten Anliegen war, Leipzig als Sportstadt zu erhalten. Es war eine Zeit der undifferenzierten Angriffe auf den Leistungssport. Die Leistungen der DDR Sportler wurden oft diskriminiert. Klaus hielt offensiv und sachlich dagegen. Er blieb seinen Überzeugun-

gen treu. Er setzte sich für die Entwicklung des Breiten- und Leistungssports in Leipzig ein. Als er aus der Stadtverordnetenversammlung ausschied, hielt er eine bewegende persönliche Rede, wie undifferenziert mit der Geschichte umgegangen wurde. Er wusste, dass er täglich guten Gewissens in den Spiegel blicken konnte. Respekt brachten ihm der ehemalige Stadtpräsident Magirius



Klaus Köste im Gespräch mit dem ehemaligen Stadtpräsidenten Magirius anlässlich der Feierstunde 20 Jahre Stadt rat in Leipzig.

und der erste Oberbürgermeister unserer Stadt Dr. Lehmann - Grube entgegen.

Klaus hat sich nie unterkriegen lassen. So kennen viele Menschen die Gym Show, wo bekannte Turnerinnen und Turner auftraten. Zwischen 1998 und 2002 half er als persönlicher Mitarbeiter dem ehemaligen Radweltmeister und Friedensfahrt-Sieger Täve Schur, der für die PDS als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag einzog. Von 2001 bis 2004 war er für den DTB im Bereichsvorstand Sportentwicklung für Großveranstaltungen verantwortlich, half beim Deutschen Turnfest in Leipzig mit und war in die Leipziger Olympia Bewerbung 2012 eingebunden. Vor zehn Jahren organisierte Klaus Köste angesichts des heraufziehen-

den Irak-Krieges zusammen mit Täve Schur und Gunhild Hoffmeister einen Appell deutscher Sportler für den Frieden, der von rund 700 Sportlern in Ost und West unterzeichnet wurde. Auf der Kondolenzseite von gymmedia.com schreibt die olympische Medaillengewinnerin Steffi Biskupek-Kräker aus Leipzig: „Ich bin traurig, dass Du nie mehr Turnwettkämpfe oder Schauturnen moderieren wirst. Du warst der Einzige, der die strenge Sportart Turnen leicht und locker präsentieren konnte. Vor allem werde ich in Erinnerung behalten, dass Du uns Leipziger Turnerinnen als ihr Cheftrainer vor so manchen ‚Einmischungen‘ geschützt hast, damit wir in Ruhe trainieren konnten und Wettkämpfe weltweit erfolgreich besuchen konnten.“ Und der ehemalige Turn-Olympiasieger und CDU-Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg, Eberhard Gienger, schrieb auf derselben Webseite: „Die Art und Weise seines Auftretens - immer positiv denkend und optimistisch - imponierten mir sehr! Grundsätzlich ist mir dabei egal, welche andere politische Überzeugung jemand hat, wenn der Mensch dahinter von geradlinigem, ehrlichem Charakter ist. Erstrangig zählt für mich der Mensch.“

Mit Klaus verliert der deutsche Turnsport einen seiner Besten und die Sportstadt Leipzig einen ihrer Vorzeigeleute. Klaus Köste war für viele ein Vorbild, ein Motivator, der Sport gelebt und geliebt hat und sich darüber hinaus immer für Frieden und soziale Gerechtigkeit engagiert hat. Sein Tod hinterlässt eine große Lücke. Klaus Köste hat auch gezeigt, dass man mit vorbildhaftem Auftreten und Menschlichkeit mitunter mehr bewegen kann als mit vielen Kilo Ideologie, Tonnen Papier oder mit Geschwätz, das doch im Wald schnell verhallt. Wir verneigen uns vor seiner Lebensleistung und halten die Erinnerung an ihn in Ehren.

Stadtratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen schwächen Jugendbeteiligungsstrukturen in Leipzig und stärken Politikverdrossenheit

Welch fatale Wirkung unüberlegte Schnellschüsse haben, haben während der Stadtrats-Debatte um den Haushalt 2013 CDU- und Grünen-Fraktion vorgemacht, auf Kosten der langsam, aber sicher wachsenden Jugendbeteiligungsstrukturen.

Im Frühjahr 2011 konstituierte sich im Ergebnis eines Workshops des Jugendamtes die Initiative Jugendparlament. Dem war ein Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen und DIE LINKE vorausgegangen, wonach in Leipzig flächendeckend Jugendbeteiligungsstrukturen eingeführt und deren Arbeit auch finanziell unterstützt werden sollen.

Bis Mitte 2012 hatte die Initiative Jugendparlament mit einigen Widrigkeiten zu kämpfen. Insbesondere die Stadtverwaltung enthielt sich der notwendigen Akzeptanz und Unterstützung. Mit dem Wechsel des Trägers, der die Arbeit der Jugendlichen pädagogisch unterstützt und koordiniert, zum Stadtjugendring geht es seit Sommer 2012 bergauf. Die Gruppe wächst, arbeitet an konkreten Teiligungsprojekten und diskutiert konzeptionelle Ideen für ein stadtweites Teiligungsgremium. Gemeinsam mit der beim Stadtjugendring angesiedelten Koordinierungsstelle hat die Initiative zudem mit dem Aufbau von Teiligungsstruk-

turen in zwei der Planungsräume, die im Teilfachplan Kinder- und Jugendförderung festgeschrieben sind, begonnen. Parallel werden also zwei Prozesse bewältigt – die Etablierung von Mitbestimmungsformen an der Basis sowie der Aufbau eines stadtübergreifenden Gremiums. Um diese Prozesse zu stärken, beantragten wir im Zuge der Haushaltsverhandlungen, die Personalstelle und den Teiligungshaushalt für die Jugendlichen von 25.000 Euro auf 40.000 Euro zu erhöhen. Die Erfahrung aus zahlreichen Teiligungsprozessen zeigt, dass nur eine verlässliche und stabile Unterstützung und Begleitung zum Erfolg führt. Leider haben die Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen und CDU diese Stabilisierung der eben in Fahrt gekommenen Arbeit mit ihrem Agieren vereitelt. Die Grünen, die ebenfalls einen Antrag auf Aufstockung des Budgets für die Jugendteiligungsstruktur im Verfahren hatten, suchten eilig das Bündnis mit der CDU und beantragten gemeinsam mit dieser, die Stellenaufstockung an das Büro für Ratsangelegenheit anzusiedeln.

Dieser Schritt zeugt vom völligen Nicht-Verständnis für von Jugendlichen selbst organisierte Prozesse. Die Bindung der Initiative Jugendparlament an

Verwaltungsstrukturen könnte eher deren Ende bedeuten als eine Stärkung. Jugendteiligungsstrukturen müssen ihren Weg suchen, experimentieren und brauchen eine unabhängige und fachlich versierte Begleitung. Dies kann eine gestärkte Stelle bei einem Träger, mit dem auf Augenhöhe agiert werden kann, leisten, nicht aber das Büro für Ratsangelegenheiten. Das den Vorstellungen und Bedürfnissen der engagierten jungen Leute vollkommen entgegenlaufende Agieren von schwarz-grün ist ein Paradebeispiel für Politik, die die Politikverdrossenheit Jugendlicher befördert.

Es ist in internen Gesprächen mit den Teiligten (Initiative Jugendparlament, Stadtjugendring, Verwaltung, Vertreter des Jugendhilfeausschusses) zu klären, wie die neue Stelle in die bisherigen Prozesse eingebunden werden kann.

Juliane Nagel
Jugendpolitische Sprecherin

Wolfgang Schröder

Wilhelm Liebknecht

Wilhelm Liebknecht war neben August Bebel Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, einer ihrer Führer und ein leidenschaftlicher Parlamentarier. 1889 stand er bei der Geburt der Sozialistischen Internationalen Pate. dieses Buch setzt für die Rezeption von Leben und Werk Wilhelm Liebknechts neue Maßstäbe.



LITERATUR UNTERM DACH

Mittwoch, 30.1.2013, 19:00 Uhr: Liebknecht-Haus, Braustraße 15

LESUNG WIDER DIE DUNKELHEIT mit Franz Sodann

„Ein wenig Licht senden in die Tiefe des Herzens in Zeiten, in der die Seele im Dunkel der Jahreszeit leidet.“

Unter diesem Motto steht die Januarlesung im Karl-Liebknecht-Haus. Ausgewählte Texte sollen erheitern, erwärmen und Geist und Gedanken ermuntern, die kalte Jahreszeit zu überstehen. Die Textauswahl traf auch in diesem Fall Franz Sodann, der bisher, glaubt man dem Publikum, ein gutes Händchen dafür bewiesen hat.

Kommen Sie also zahlreich, der Eintritt ist wie immer frei, Getränke günstig zu erwerben, und lassen Sie sich einen Stunde treiben.

dietz berlin 400 S., geb., 29,90€

Einberufung der Kreiswahlversammlung zur Vorbereitung der Bundestagswahl 2013 in den Wahlkreisen 152 – Leipzig I und 153 – Leipzig II

(Beschluss aus der Beratung des Landesvorstandes am 7. Dezember 2012)

Beschluss:

Am 02. März 2013 findet ab 9:00 Uhr in Leipzig eine Versammlung der Mitglieder der Partei DIE LINKE in der kreisfreien Stadt Leipzig (Bundestagswahlkreise 152 und 153) statt.

Als Tagungsort ist die GaraGe, Karl-Heine-Straße 97, 04229 Leipzig vorgesehen.

1. Die Versammlung hat folgende Aufgaben:

- Wahl der WahlkreisbewerberIn der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahlkreise 152 und 153

- Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Partei DIE LINKE aus der kreisfreien Stadt Leipzig für die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2013

2. Als WahlkreisbewerberIn kann nur gewählt werden, wer zum 18. Deutschen Bundestag wählbar ist.

3. Bei der Wahl der WahlkreisbewerberIn der Partei DIE LINKE für den Bundestagswahlkreis 152 sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE wahlberechtigt, die ihren Hauptwohnsitz im Bundestagswahlkreis 152 haben, die deutsche Staatsbürger sind und am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Bei der Wahl der WahlkreisbewerberIn der Partei DIE LINKE für den Bundestagswahlkreis 153 sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE wahlberechtigt, die ihren Hauptwohnsitz im Bundestagswahlkreis 153 haben, die deutsche Staatsbürger sind und am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben.

4. Als VertreterInnen sind Mitglieder der Partei DIE LINKE wählbar, die ihren

Hauptwohnsitz im Freistaat Sachsen haben, deutsche Staatsbürger sind und am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben

5. Bei der Wahl der VertreterInnen für die LandesvertreterInnenversammlung sind alle Mitglieder der Partei DIE LINKE wahlberechtigt, die ihren Hauptwohnsitz in der kreisfreien Stadt Leipzig haben, die deutsche Staatsbürger sind und am Tag der Versammlung das 18. Lebensjahr vollendet haben.

6. Für die Organisation der Versammlung und die fristgerechte Einladung aller Mitglieder der Partei DIE LINKE mit Hauptwohnsitz in der kreisfreien Stadt Leipzig ist der Kreisvorstand DIE LINKE Leipzig verantwortlich.

7. Dieser Beschluss ist durch den Kreisvorstand DIE LINKE Leipzig auf ortsüblichem Weg mindestens zwei Wochen vor der Versammlung allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE mit Hauptwohnsitz in der kreisfreien Stadt Leipzig bekannt zu machen.

Beschlussgrundlage:

Beschluss D.5 des 7. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Sachsen: „Aufstellungs- und Wahlverfahren zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 2013“

Politische Botschaft:

Der Landesverband Sachsen der LINKEN steckt mitten in der Wahlkampf vorbereitung für die Wahljahre 2013/2014.

Neben der Schaffung von organisatorischen Strukturen sowie der inhaltlichen Debatte gehört dazu, dass jetzt Versammlungen zur Aufstellung der DirektbewerberInnen für die Bundestagswahl 2013 einberufen werden.

Die Kreiswahlversammlungen wählen

neben der Direktbewerberin/dem Direktbewerber auch die VertreterInnen für die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste der Partei DIE LINKE für die Bundestagswahl 2013.

Vorankündigung

Wir sprechen alle Menschen an

**Veranstaltung der Partei DIE LINKE zur Gleichstellung und gendergerechten Sprache!
Samstag den 23. März 2013
10.00 Uhr**

Geplant ist, dass Dr. Martina Große einen Einführungsvortrag hält. Für die anschließende Podiumsdiskussion sind angefragt: Peter Porsch, Dr. Barabra Höll, Karin Gründel, Antje Schiwatschew, die AG LISA sowie für die Moderation Werner Kujat. Das endgültige Programm der Veranstaltung ist dann in der März Ausgabe des Mitteilungsblattes nachzulesen.

Wir bitten um freundliche Beachtung.

Einladung zur Basiskonferenz

Thema:

**Ergebnis OBM Wahl und die Konsequenzen daraus;
Bundestagswahl 2013;
Wahlen 2014**

Termin:

31. Januar 2013

18:00 Uhr

**im Liebknechtthaus
(Dachgeschoss)**

Für ein „Recht auf Stadt“ - Dreiteilige Veranstaltungsreihe von linXXnet und Bündnis 90/ Die Grünen

„Recht auf Stadt“ ist ein zentraler Leitanspruch stadtpolitischer Initiativen, der mittlerweile auch in Leipzig in voller Munde ist. Er geht auf ein gleichnamiges Buch des französischen Soziologen und Philosophen Henri Lefebvre zurück, in dem jener Kritik an den sozialen Ausschlussmechanismen, die mit der Urbanisierung in Nachkriegszeiten einhergingen, übt, gleichzeitig Potentiale der Urbanisierung für einer emanzipierten Stadtgesellschaft ausmacht und sich vor diesem Hintergrund den Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe ausspricht.

Das „Recht auf Stadt“ war auch die Klammer einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe von linXXnet und Leipziger Grünen, die unterstützt durch den Stadtverband der LINKEN in diesem Jahr stattfand.

Im ersten Teil wurde im März im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft der Frage nachgegangen, ob der öffentliche Raum in Leipzig wirklich noch für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich und nutzbar ist oder ob nicht Kommerzialisierungsdruck und ordnungspolitische Prioritäten längst für eine Verdrängung sowohl sozial Benachteiligter als auch unliebsamer Bevölkerungsgruppen, wie Jugendliche oder Drogenkonsumierende, sorgen. So gab es in diesem Jahr verstärkt Stimmen nach Alkoholverboten im öffentlichen Raum oder Stimmungsmache gegen Jugendliche, die die Thomaswiese in der Innenstadt intensiv nutz(t)en. Solche Forderungen dienen vor allem wirtschaftlichen Interessen und dem Bild einer makellosen Stadt. Soziale Problemlagen und soziokulturelle Konflikte würden damit autoritär gelöst, statt einerseits an die Ursachen für Verarmung oder Drogenmissbrauch heranzugehen oder andererseits die Debatte um differierende Vorstellungen von Lebensweisen demokratisch auszutragen.

In der zweiten Veranstaltung im Mai stand die Frage nach Sinn und Unsinn großer Einzelhandelsprojekte zur Debatte. Werden bei solchen Großinves-

titionsprojekten nicht oft wirtschaftliche Interessen denen der Stadtbevölkerung, der Umwelt und anderen stadtentwicklungspolitischen Fragen untergeordnet? Gemeinsam mit dem ehemaligen Baubürgermeister Nils Gormsen, Stefan Heinig vom Stadtplanungsamt und Thomas Noack von der IG Connewitz wurden in diesem Rahmen umstrittene Ansiedlungsprojekte wie die Höfe am Brühl, Kaufland in Lindenau und das so genannte Stadtteilzentrum am Connewitzer Kreuz rekapituliert. Gerade letztgenannter Fall kann als Sternstunde demokratischer Teilhabe bezeichnet werden. BürgerInnen, Vereine und Initiativen engagieren sich über Monate vehement gegen das Vorhaben der Stadt, am Connewitzer Kreuz ein Mega-Einkaufszentrum zu errichten. Der Protest war erfolgreich: Das Zentrum wird nicht gebaut und die Stadt Leipzig passte den Stadtentwicklungsplan (STEP) Zentren, der der Steuerung von Einzelhandelsvorhaben in der Stadt dient, dementsprechend an. Für einen progressiven und ökologisch orientierten Stadtplanungsansatz bleibt die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit von „Konsumtempeln“ im (Innen-) Stadtraum, die das öffentliche Leben auf ökonomische Interessen reduzieren und die stark auf die verkehrstechnische Erreichbarkeit mit dem Auto orientierten. Der dritte und mit ca. 100 ZuhörerInnen am besten besuchte Teil der Reihe widmete sich der Wohnungspolitik. Das an sich niedrige Mietniveau in Leipzig muss ins Verhältnis mit den niedrigen Einkommen und dem großen Anteil erwerbsloser Menschen gesetzt werden. Zudem sind die Mieten im Steigen begriffen und in einigen, vor allem innenstadtnahen, Stadtvierteln ist kostengünstiges Wohnen kaum noch möglich. Welche Steuerungsmöglichkeiten die Stadt diesbezüglich hat, wurde mit dem Baubürgermeister Martin zur Nedden und dem Aufsichtsratsvorsitzenden des wichtigsten städtischen Instrumentes zur Beeinflussung des Wohnungsmarktes, der Leipziger Wohnungsbaugesellschaft mbH, Engelbert Lütke Daldrup, diskutiert. Roman Grabolle von der selbstorganisierten Genossenschaft Central LS W33 und

Klaus Schotte, ehemaliger Stadtplaner aus Hessen, drängten darauf, dass die Stadt sich den einsetzenden Verdrängungs- und Segregationsprozessen bewusster wird und gegensteuert. Ein Ziel wäre in den neu zu errichtenden Quartieren am Lindenauer Hafen und am Bayerischen Bahnhof die soziale Durchmischung der BewohnerInnenenschaft zu gewährleisten. Ohne staatliche Wohnungsbauförderung wird dies ein schwieriges Unterfangen sein.

Die Veranstaltungsreihe und die große Resonanz darauf hat gezeigt, dass das Ziel einer „Stadt für alle“ eine immer währende und in Zeiten zunehmender sozialer Verwerfungen und Entdemokratisierungstendenzen drängende Herausforderung ist, gerade für eine Politik mit linker Handschrift.

Juliane Nagel

Alexander Fichtner als Vorstandsmitglied zurückgetreten

Mit einer persönlichen Erklärung ist Alexander Fichtner am 23.12.2012 als Mitglied des Stadtvorstandes zurückgetreten. Als Begründung führte er unter anderem an: „Zum einen ist es mir nicht gelungen, im Stadtvorstand notwendige Maßnahmen zur Besserung der Finanzlage unserer Partei durchzusetzen und beispielsweise eine spürbare Besserung der Beitragsehrlichkeit zu erreichen. Dies wäre aber meine Aufgabe gewesen. Zum anderen ist mir im Verlauf der letzten Stadtvorstandssitzung bewusst geworden, dass ich beim Vertreten abweichender Positionen mit einer tribunalartigen Vorführung zu rechnen habe. Ich möchte es jedoch nicht dazu kommen lassen, dass – wie es Karin Gründel passiert ist – über mich bzw. meine Meinung öffentlich im Internet diskutiert wird.“

Pia Witte

Pressesprecherin

Nachbetrachtungen zur 2. Tagung des 3. Stadtparteitags

Ich, Maritta Brückner, bin nun schon seit über 6 Jahren als selbständige Unternehmerin in meinem Ein- Frauen- Malerbetrieb tätig. Dies war kein einfacher Weg, denn es waren viele notwendige Qualifikationen erforderlich. Die Qualifikationen habe ich zusätzlich zu meiner beruflichen (Vollzeit) und familiären Tätigkeit erbracht. Mit meinen privaten Ersparnissen habe ich die Qualifikationen bezahlt und die Gründung des Handwerksbetriebes vollzogen. Bei einer drohenden Insolvenz hatte ich mit meinem gesamten privaten Besitz und dem meines Mannes, mit der Aussicht auf Hartz IV für beide. Den Mikrokredit habe ich mit Zinseszins zurück gezahlt.

Ich gehöre zu dem Kreis, der nicht einmal ein Recht auf Harz IV hat. Deshalb stand vor mir die Frage: „Nichts zu tun oder Leistung auch zur Stärkung des eigenen Selbstwertgefühls zu erbringen“. Nun war ich als eine Vertreterin der vielen kleinen und mittleren Unternehmen auf dem Stadtparteitag, wo es um Positionen der LINKEN in Leipzig zur Mittelstandspolitik ging. Das Positionspapier wurde über ein Jahr diskutiert. Man war in zahlreichen Kontakten mit den Mitgliedern der LINKEN und auch Kleinunternehmen. Hinweise wurden diskutiert und entsprechend eingearbeitet. Es sollte nun vom Parteitag beschlossen werden. 5 Minuten vor Beginn des Parteitages wurden der AG Linke Unternehmer 6 Änderungsanträge vorgelegt, was schon kein faires Verhalten, vor allem unter Genossen sein kann. Erstmals wurde die AG Linke Unternehmer mit Thesen konfrontiert, die als überwunden galten.

Aber was wurde nun beschlossen?

Mit dem Positionspapier sollte ein Angebot an alle Klein- und Mittleren Unternehmen gemacht werden, Partner zu sein, um gemeinsam eine gerechte, soziale, ökologische Zukunft auf zu bauen. Es sollte auch gezeigt werden, dass die LINKE. Wirtschaftskompetenz besitzt. Schon im 1. Änderungsantrag wurden wichtige Aussagen hierzu gestrichen. In der mündlichen Begründung kritisierte man den historischen Ansatz, gestrichen wurde aber zusätzlich, fast unbemerkt die wichtige Aussage: ... die KMU ... sind ein „wesentlicher und qualitativer Teil der Volkswirtschaft“ und dass sie „einen notwendigen Beitrag zur Entwicklung und Sicherung regionaler

Wirtschaftskreisläufe leisten und damit ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen und der Lebensqualität in der Region“ erfolgt. Dass diese Aussage wichtig ist und ins Positionspapier gehört, zeigen auch folgende Zahlen. In Leipzig gibt es 30 000 KMU, sie haben 130 000 SV- pflichtige Arbeitsplätze geschaffen.

Dem gegenüber stehen 97 Großunternehmen mit ca. 65 000 Arbeitsplätzen. Die KMU haben 130 000 Arbeitsplätze geschaffen und dies ist doch wohl ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität. Sie versorgen mit ihren Leistungen die Bevölkerung in der Region durch ihre und ihrer Mitarbeiter fleißige Arbeit. Im gleichen Abschnitt wurde „nur“ das Wörtchen „selbst“ gestrichen und damit eine völlig andere Aussage getroffen als die Einbringer des Positionspapiers es wollten.

Im Entwurf steht: „... werden die KMU selbst zum Spielball des Finanzkapitals“. Das heißt für mich, dass die KMU Partner sind, weil sie selbst in gleichen Lebenssituationen sind, z. T. auch in prekären Lebenslagen. Jetzt heißt es im Papier: „... werden die KMU zum Spielball des Finanzkapitals.“ Was nun bedeutet: Selber Schuld, das ist euer Problem, ihr müsst ja nicht „selbstständig“ sein. Die Streichung des Satzes: „Wer die KMU stärkt, stärkt für alle Menschen die Arbeits- und Lebensbedingungen“ löscht auch eine wichtige Aussage.

Am Schlimmsten ist die schriftliche Begründung zur Streichung. Es wird den KMU unterstellt, sie würden Fördergelder und somit „Steuergelder“ verschlingen und „nur Arbeitsplätze schaffen“, damit sie Mehrwert abschöpfen können. Noch dreister wird die Behauptung, dass „ihre Gewinne vorenthaltener Lohn“ sei. Diese Aussage zeigt deutlich, welche Unkenntnis vorherrscht.

Es wäre ganz gut, wenn man sich einmal mit den Begriffen „Gewinn, Kapital, Profit“ auseinandersetzt. Man spricht ja nicht umsonst vom „Betriebsergebnis“. Aus diesem Betriebsergebnis entnimmt der Kleinunternehmer seinen Anteil für den Lebensunterhalt und Sozialabgaben und benötigte Mittel für erforderliche Investitionen und wenn erforderlich auch zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Zu Profit wird Gewinn erst, wenn es nicht mehr dem wirtschaftlichen Kreis-

lauf zugeführt wird und man damit spekuliert. Das Grundübel der Betrachtung mancher Linken ist es, dass sie den Blick auf die „Wirtschaft“ nur auf den Bereich des Großkapitals richten.

Wir leben in einer Waren produzierenden Gesellschaft. Das schließt notwendig das Erwirtschaften von Mehrwert ein- Mehrwert als Quelle des gesellschaftlichen Reichtums (auch in einem „demokratischen Sozialismus“). Seine Verteilung ist eine Frage der politischen Entscheidungs- und Durchsetzungsfähigkeit. Es geht darum, die soziale Absicherung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten. Wer erwirtschaftet, auch durch seine Abgaben, die Transferleistungen?

Ist es nicht Verbesserung der Lebensqualität, wenn der Friseur um die Ecke einem die Haare frisiert, der Bäcker Brot und Kuchen bäckt, wo auch drin ist, was drauf steht, der Gärtner im Umland Tomaten anbaut, die ökologisch vernünftig angebaut werden? Des weiteren schafften doch der Tischler, Fliesenleger, Maler u.a. für den Kunden einen bleibenden Mehrwert!

Brauchen wir nicht doch eine „nachhaltige linke Mittelstandspolitik“? Wollen wir die gleichen Fehler machen, wie in der Vergangenheit? Wie sollen wir nun mit den KMU umgehen? Sollen sie ihre Arbeit einstellen, um keinen Mehrwert zu produzieren? Sollen sie enteignet werden, nur weil sie privaten Besitz an Produktionsmitteln haben? Soll dem Bäcker seine Knetmaschine und Backofen, der Schneiderin und Frisörin die Schere, dem Fliesenleger und Maurer die Mauerkerle, dem Maler der Pinsel genommen werden, nur weil es sein privater Besitz ist?

Brauchen wir in einem „demokratischen Sozialismus“ keine starken und innovativen Unternehmen? Nun unterstellt man auch noch den Einbringern des Positionspapiers, dass sie mit ihrer positiven Haltung zu den KMU und zum Wettbewerb dazu beitragen, neue Opfer (Hartz IV) zu schaffen! Nachzulesen in den Begründungen zur Änderung des Positionspapiers. Ich jedenfalls werde mich für eine Partnerschaft mit den KMU einsetzen, wie auch im Bundesprogramm der LINKEN beschlossen.

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 19:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

4. Dienstag, 17:30 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

1. Freitag im Monat, 15:30 Uhr, Wahlkreisbüro Volker Külow G-Schwarz-Str 8

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

Lisa emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Literaturkabinett im Liebknecht- Haus

letzter Mittwoch, 19:00 Uhr

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Mi., 16. Januar 2013 - 18.00 Uhr

Bürgerforum; Die Strategie der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zum kommunalen Haushalt; mit Dr. Barbara Höll und Steffen Wehmann. Veranstaltungsort: Jugendhilfeverein Goldsternstraße 9, Paunsdorf

Mi., 16. Januar 2013 - 18.30 Uhr

Die Basisgruppe Messemagistrale lädt zum Diskussionsabend mit dem Thema „Linke Kulturpolitik in Leipzig - Positionen und Problem“ ein. Diskussionspartnerin: Dr. Skadi Jennicke. Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a, Leipzig

Do., 17. Januar 2013 - 17.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit den OBM Kandidaten. Diskutiert werden sollen vor allem die Themen für Studierende wie die Attraktivität von Leipzig für international Studierende, Veranstaltungsort: Audimax der HTWK, K.-Liebknecht-Straße 130, Leipzig

Sa, 19. Januar 2013 - 13.00 Uhr

Gedenkveranstaltung für Klaus Köste Die Gedenkveranstaltung findet im großen Hörsaal der DHfK statt.

Sa, 19. Januar 2013 - 10.00 Uhr

Politfrühstücken mit Dr. Barbara Höll. Ort: Bikers Inn, Windorfer Straße 63, Leipzig

Mo., 21. Januar 2013 17.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit den OBM Kandidaten, veranstaltet vom Stadtelternrat. Themen: Leipziger Schulen (Sanierungsstau, Überfüllung, Container). Veranstaltungsort: Anker, Renftstraße 1, Leipzig

Mo., 21. Januar 19.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit den OBM Kandidaten, veranstaltet von der Grünauer Agenda. Diskutiert werden sollen die für Grünau spezifischen Themen. Veranstaltungsort ist der offene Freizeittreff „Völkerfreundschaft“, Stuttgarter Allee 8, Leipzig

Di., 22. Januar 2013 18.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit den OBM Kandidaten, veranstaltet von „Wir für Schönefeld e.V.“ und „Leipzig Nordost e.V.“. Veranstaltungsort ist das Restaurant „Aufgehende Sonne“ in der Ossietzkystraße 1, Leipzig

Mi., 23. Januar 2013 14.00 Uhr

Ratsversammlung. Sitzungssaal Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6, Leipzig

Mi., 23. Januar 2013 15.00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung in Grünau mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro, Stuttgarter Allee 16, Leipzig

Do., 24. Januar 2013 18.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit den OBM Kandidaten, veranstaltet vom BV Sellerhausen, Veranstaltungsort: Offener Freizeittreff Sellerhausen, Püchauer Straße 14, Leipzig

So., 27. Januar 2013 - ab 09:00 Uhr OBM-Wahl. Bitte wählen gehen!

Di., 29. Januar 2013 - 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde in Paunsdorf mit der Stadträtin Carola Lange. Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46, Leipzig

Di., 29. Januar 2013 - 18.00 Uhr

Diskussion: Der historische Jesus und der gepredigte Christus. Ein historischer und kulturphilosophischer Beitrag. Mit Dr. Werner Wittenberger; Moderation: Prof. Dr. Horst Pickert. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, Leipzig

Mi., 30. Januar 2013 - 19:00 Uhr

Literatur unterm Dach. LESUNG WIDER DIE DUNKELHEIT mit Franz Sodann. Liebkechthaus, Braustraße 15, Leipzig

Do., 31. Januar 2013 18.00 Uhr

Basiskonferenz, Thema: OBM Wahl vom 27. Januar. Liebkechthaus, Braustraße 15, Leipzig

Mi., 06. Februar 2013 17.00 Uhr

Bürgersprechstunde in Volkmarsdorf mit der Stadträtin Carola Lange. Bürgerverein Volkmarsdorf, Konradstraße 60 a, Leipzig

Do., 07. Februar 2013 18.00 Uhr

Buchvorstellung. Mit dem Autor Peter Bierl; Moderation: Volkmar Wölk, Publizist, Grimma. »Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rasenwahn«, Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell. Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem VVN/BdA Leipzig. Rosa Luxemburg-Stiftung, Harkortstraße 10, Leipzig

Do., 07. Februar 2013 16.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Dr. Volker Külow und der Stadträtin Pia Witte, Wahlkreisbüro Dr. Volker Külow, Georg-Schwarz-Straße 8, Leipzig

Frohe Weihnacht braucht einen guten Lohn!

Leipziger LINKE machte mit OBM-Kandidatin im Weihnachtskaufrausch mobil für den Mindestlohn im Einzelhandel .

Heute war die LINKE. Leipzig mit allen vier Leipziger Landtagsabgeordneten, Dr. Dietmar Pellmann, Dr. Monika Runge, Cornelia Falken und Dr. Volker Külow, gemeinsam mit der OBM-Kandidatin Dr. Barbara Höll in der Leipziger Innenstadt präsent.

Auf einem Riesentransparent wurde der Slogan „Ihnen ein frohes Fest und der Verkäuferin einen guten Lohn.“ unübersehbar den Leipziger Bürgern präsentiert, gleichzeitig machten die Akteure auf die schlechten Arbeitsbedingungen im Einzelhandel aufmerksam und unterstrichen ihre Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn von



10 Euro. Zudem hatte die OBM-Kandidatin während der Aktion die Gelegenheit die Bürger im persönlichen Gespräch auf wichtige Themen des OBM-Wahlkampfes aufmerksam zu machen. Nicht jeder ist in der konsumintensiven Vorweihnachtszeit in der Lage, mit prallen Einkaufstaschen die Geschäfte zu verlassen. Auch im Sinne einer gestärkten Binnennachfrage ist aus Sicht der LINKEN deshalb eine Verbesserung der Einkommenssituation für Geringverdiener unbedingt notwendig.

Die Aktion fand am Vormittag am Ringmessehaus und nachmittags auf dem Leuschnerplatz statt.

Pia Witte

Beharrlichkeit war erfolgreich – Einnahmen aus Konzessionsabgaben werden korrigiert

Wie bereits in den vergangenen Jahren thematisierte die Linksfraktion auch in der Debatte zum Haushalt 2013 die Erhöhung der Einnahmen aus den Konzessionsabgaben. Nach wie vor sind wir der Auffassung, dass deren Höhe unangemessen niedrig angesetzt ist.

Nachdem der Antrag zunächst durch die Verwaltung abgelehnt und im erweiterten Finanzausschuss ins Verfahren verwiesen worden ist, gab es zwischenzeitlich offensichtlich ein Umdenken: Kurz vor der Ratsversammlung korrigierte die Verwaltung ihren Standpunkt, welcher nunmehr Zustimmung mit Änderungen besagt. Unser Drängen war also doch noch erfolgreich und widerlegt einmal mehr die gebetsmühlenartig vorge-

tragene Auffassung, Die LINKE könne nicht mit Geld umgehen und sei der Weltmeister im Geld ausgeben. Mit den jetzt höher angesetzten Einnahmen von 600.000 Euro sind immerhin **alle!** im erweiterten Finanzausschuss votierten Mehrausgaben gedeckt. Wir halten aber auch weiter daran fest, dass eine Neuvergabe der Konzessionen notwendig ist, für die wir aus mehreren Gründen die Stadtwerke Leipzig als den geeignetsten Konzessionsnehmer sehen. Ebenso bleiben wir bei unserer Forderung, die Konzessionszahlungen durch Enviam rückwirkend an eine Einwohnerzahl von 500.000 anzupassen.

Reiner Engelmann
stellv. Fraktionsvorsitzender

Bildungsfahrt der AG Junge GenossInnen führt 2013 nach Oświęcim (Auschwitz)

Auch 2013 ist es wieder soweit, die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen führt eine Bildungsfahrt durch. In diesem Jahr fahren wir nach Oświęcim (Auschwitz). Die letzte Fahrt zur Gedenkstätte war sehr schön gestaltet. Sie überzeugt durch viele bleibenden Eindrücke und Informationen, aber auch durch einen geselligen Abend. Die Fahrt beginnt findet am 20. und 21. April statt. Eine Änderung zum Vorjahr gibt allerdings schon, die euch aber nicht abschrecken sollte mitzufahren, der normale Preis liegt dieses Jahr bei 60 €. Für Studenten, Schüler und sonstige Ermäßigungsberechtigte liegt der Preis weiterhin bei 30 €. Im Preis enthalten sind die Busfahrt, die Führung und die Übernachtung. Auf jeden Fall lohnt es sich eine Besichtigung dieser Gedenkstätte. Wenn ihr also Lust bekommen habt mitzufahren, dann einfach über bildungsfahrt@agjleipzig.de anmelden. Der Teilnehmerbetrag ist an folgendes Konto zu überweisen:

DIE LINKE Leipzig
Sparkasse Leipzig
KontoNr.: 1125504222
BLZ: 86055592

Verwendungszweck: Bildungsfahrt AGJG 2013 Es gibt noch einen wichtigen Hinweis bei nicht Antritt der Fahrt können wir euch den überwiesenen Betrag nicht zurückerstatten! Am 31.3.2013 ist Anmeldeschluss!

Arne Petschauer

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE, Stadtvorstand Leipzig, Braustraße 15, 04107 Leipzig, Fon: 0341/14 06 44 11 Fax: 0341/14 06 44 18 web: www.dielinke-leipzig.de email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig, Konto: 11 25 50 42 22 BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Dr. Christina Mertha
Naomi-Pia Witte (V.i.S.d.P.)
Simon Zeise

Gestaltung: Naomi-Pia Witte
Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 2/2013 ist Mittwoch, 30. Januar 2013. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.